



Fraktion im Kreistag des  
Landkreises Darmstadt-Dieburg

Die Fraktionsvorsitzende

Es gilt das gesprochene Wort

**Rede zu TOP 21 CDU-Antrag Drucksache 817/VIII und TOP 30 Vorlage des Landrats, des Kreisausschuss Drucksache 832/VIII im Kreistag am 12.3.**

**Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Landrat, Kollegen und Gäste**

**In seiner Sondersitzung am 26.2. hat der Kreisausschuss eine Vorlage beschlossen und am gleichen Tage dem Ausschuss für Infrastruktur und Verkehr weitergereicht.**

**Die Brisanz, die in diesem Papier steckt, wurde von den Ausschussmitgliedern in der Kürze vielleicht nicht erkannt, sondern man stritt lediglich darum, ob die CDU mit Ihrem Antrag für eine Informationsveranstaltung als erste die Idee hatte oder der Landrat, der am Rande seiner zahlreichen Treffen mit Herrn Mehdorn eine ähnliche Veranstaltung vereinbarte. Also Nebenschauplatz, denn der CDU lag zur gleichen Zeit das Abstimmungspapier zwischen dem Hess. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, der Technologieregion Darmstadt Rhein-Main-Neckar, der Deutschen Bahn und der Wissenschaftsstadt Darmstadt vor, in dem mit keinem Wort mehr die Forderungen des Landkreises erwähnt wurden, obwohl der Landrat zugegen war, wie alle Anwesenden beteuern und dem auch zugestimmt habe. Es wurde beschlossen, die laut Hess. Raumordnungsverfahren empfohlene Führung des Gesamtverkehrs über den Hauptbahnhof Darmstadt von Land, Region und Stadt nach wie vor befürwortet wird, es wird aber zur Kenntnis genommen, dass die Deutsche Bahn AG aus inhaltlichen, wirtschaftlichen und verkehrlichen Gründen die Umsetzung dieser Lösung nicht befürwortet. Das war der Stand der Dinge!**

**Was war nach der Pressekonferenz am 2.2., geschehen?; die Kommentare sprechen ihre eigene Sprache : „Stadt-Land-Bahn feiern den Kompromiss“. „Ein ICE pro Stunde und Richtung“, „Teure Lösung“ oder „Überrollt“ hieß es in den Kommentaren, dann folgten schon**

kritische Stellungnahmen wie „Die Konsenstrasse sorgt für Streit“, Leserbriefe wie „Zeit und Geld verplempert“ oder „ein Placebo für die Eitelkeit“ und immer wieder Kritik an der Konsenstrasse, jetzt aber von den betroffenen Kommunen sprich Bürgermeistern.

Das war für die CDU Fraktion der Zeitpunkt zu reagieren mit einem Antrag, denn es steht unter Punkt 11 der Vereinbarung explizit drin, dass die Bahn gern bereit ist, ihre Planungen in Gremien von Land und Region vorzustellen und zu erläutern. Mehr hat die CDU nicht beantragt, was ist daran verwerflich?

Es wird von mir und der Fraktion überhaupt nicht in Abrede gestellt, dass Sie Herr Landrat, auch wie jetzt in Ihrer Begründung nachgetragen und beantragt haben, sich stark für den Kreis eingesetzt haben, es ist Ihre Pflicht! Dennoch ist es kaum nachvollziehbar, dass all Ihre Bemühungen nichts gefruchtet haben, zumal der Kreis anscheinend gar keine Rolle mehr spielte, da sich die Stadt Darmstadt, die Bahn und das Land auf die schlechteste aller Lösungen, der „Sowohl-als-auch-Trasse“ geeinigt haben. Hier ist Herr Mehdorn in der Tat dem Kreis eine klare Auskunft und Antwort schuldig, da in der Tat hat hier die Stadt den größeren Vorteil, zum Nachteil des Landkreises.

Das Sie Herr Landrat aus dieser unglücklichen Situation heraus mit Herrn Mehdorn schon an einen weiteren Termin gedacht haben, ist fast selbstverständlich, –wir wollten nur, dass es bald erfolgt, denn wir haben die Veranstaltung auch vor dem Hintergrund der berechtigten Klagen der betroffenen Anrainerkommunen gestellt. So haben wir es auch in der Pressemitteilung getan, dass wir uns solidarisch mit den Kommunen Weiterstadt, Griesheim und Pfungstadt zeigen. Die zu erwartende Lärmbelästigung, die unbeantworteten Fragen nach Lärmschutzmassnahmen und die klare Ablehnung der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, da sich die neue Trasse willkürlich über sämtliche europäische , Umweltschutzkriterien hinwegsetzt, waren Grund genug für uns dieses zu hinterfragen. Auch hier brauchen wir konkrete Antworten von der Bahn.

*Zunächst stelle ich den Antrag auf getrennte Abstimmung zu Drucksache 832*

*Zweitens beantrage ich, der Punkt 1 ist nicht nur zur Kenntnis zu nehmen ist, sondern der Kreistag sollte grundsätzlich zustimmen.*

**Begründung:** Im Abstimmungspapier unter Punkt 11 steht geschrieben: die Partner verständigen sich darauf, die Inhalte dieses Abstimmungspapiers durch jeweilige Gremienbeschlüsse abzusichern, also nicht nur schlichte Kenntnisnahme.

*Zu Punkt 2 der Beschlussvorlage folgende Anmerkungen:*

Es ist schon sehr bemerkenswert, das ein vom Landrat auf einer Pressekonferenz vorgetragenes Statement vom Kreistag im Nachhinein sanktioniert werden soll. So etwas ist meine Wissens bisher unüblich gewesen, das der Landrat seine Presseerklärungen, für was auch immer, dem Kreistag vorlegt. Wir können nicht nachweisen, ob diese Worte so gefallen sind oder ob es durch die Pressemitteilungen der CDU als nachträgliche Rechtfertigung anzusehen ist, sogar mit Unterstützung von Herrn Fleischmann. Zumal in der Stellungnahme Sie selbst darauf aufmerksam machen, dass Herr Mehdorn dieselben Äußerungen macht, wie im Oktober vergangenen Jahres.

Und damals haben wir schon einmal Fragen gestellt zum Sachstand: Antwort: kein neuer Sachstand. Frage: wie kann in Zukunft die Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen Landkreis und Stadt verbessert werden?

Antwort: die Abstimmung und Zusammenarbeit wurde und wird auf politischer und verwaltungsfachlicher Ebene durch die Region Starkenburg gewährleistet.

Frage: liegen verbindliche Aussagen zur Streckenführung und Finanzierung seitens der Bahn vor und auch hier die Antwort eher lapidar. Es liegen keine verbindlichen Aussagen zu Streckenführung und Finanzierung seitens der Bahn vor, dessen ungeachtet hat die Bundesregierung 1,3 Mrd€ für geplante ICE-Strecke in den Finanzplan des Bundes für die Jahre 2006-2010 aufgenommen. Diese lieblose Auskunft hat damals auch nur Kosten in Höhe von 5,09€ verursacht.

Hintergrund war: damals ging es hauptsächlich um den Alleingang des Oberbürgermeisters, der die Bypasslösung als einzig mögliche Variante bezeichnet hatte und im Widerspruch zu den Forderungen der Region stand. Also muss vermutet werden und so steht es auch in den Erläuterungen quasi als Bestätigung, die Forderungen, so wie sie in dem Statement aufgeführt wurden, gar nicht mehr berücksichtigt, weil nicht akzeptabel.

Wir werden uns bei dem Punkt enthalten, da wir es nicht als Aufgabe des Kreistages ansehen, Pressemitteilungen des Landrats im nachhinein zu sanktionieren.

*Und jetzt komme ich zum Punkt 3 der entscheidende Beschlussvorschlag, da muss ich im Nachhinein anmerken, dass die Tragweite des Inhalts wohl keiner im Ausschuss so recht*

erfasst hat. Denn mit diesem Antrag wird versucht – so scheint es – hier soll der Kreistag Nachhinein in die Pflicht genommen werden. Es könnten sich aus diesen Abweichungen mögliche Entwicklungen später zu Ungunsten des Kreises ergeben, die also diametral zu heutigen Vorstellungen verlaufen. So wie es im Antrag steht wird der Kreis die Pläne nur dann konstruktiv zu unterstützen, wenn die im Raumordnungsverfahren vom RP bevorzugte Trassenvariante III - also nur über den Hauptbahnhof- im Planfeststellungsverfahren als Alternative gleichberechtigt untersucht und in die Unterlagen einbezogen wird. Noch eins oben drauf, dabei habe die Bahn den Nachweis zu erbringen, dass die Variante III nicht umsetzbar bzw. schlechter geeignet ist als die Konsenstrasse.

Wir wollen das Beste für die Region und betone für die Fraktion: „die CDU begrüßt die Entscheidung, die Stadt Darmstadt und die Region Südhessen in das ICE-Netz einzubinden. Die Region kann sich freuen, dass die Deutsche Bahn, die Stadt und die Landkreise sich nach monatelangen Stillstand der Verhandlungen nun doch auf eine Kompromisslösung, wenn auch schlechte, da teuerste- geeinigt haben. Damit ist auch eine zukunftssträchtige Entscheidung für die Standortsicherung der Wirtschaftsregion zwischen Rhein-Main und Neckar gefallen.“

Uns allen muss aber auch klar sein, das durch diesen einschränkende Beschluss mit seinen inhaltlichen Forderungen, sich vielleicht ein Risiko verbirgt, deren Folgen heute nicht absehbar sind. Mit diesem Beschluss manövrieren Sie den Kreistag in eine schwierige Situation, denn man hat das Gefühl, es geht in erster Linie um Ihre Ehrenrettung Herr Landrat, vor dem Hintergrund des erfolglosen Kampfes für die Variante III und den Folgen für die betroffenen Anrainerkommunen, also betroffene SPD Bürgermeister. Die Abweichungen, die heute beschlossen werden sollen, die wie gesagt im Umweltausschuss gar nicht beraten wurde, bedeuten möglicherweise aber folgendes: wird die Variante III nicht ins Planfeststellungsverfahren eingezogen, denn davon können wir nach den gefallenen Äußerungen des Deutsche Bahn Chef Mehdorn ausgehen, der immer betonte, „seine ICEs halten nicht an jeder Milchkanne“ bzw. er hat immer von einer „Entweder oder Lösung“ d.h. „Bypass“ oder von einer „dann gar nichts Alternative“ gesprochen. Also kann das bedeuten, dass es im negativsten Fall, wieder alles von vorn anfängt. Lehnen wir diesen Beschluss ab, stellen wir uns gegen unsere eigene Meinung und Forderung das sich endlich etwas bewegen soll und gegen die der Betroffenen. Das die betroffenen Gemeinden und Städte im Vorhinein im Rahmen der Erstellung der Planfeststellungsunterlagen ihre Bedenken und Anregungen

vorgeben sollen, ist eine Selbstverständlichkeit und ist im Baugesetz geregelt. Das in diesem Verfahren die Lärmschutzmaßnahmen zu regeln sind, ist ebenso eine Selbstverständlichkeit.

Es drängt sich aber immer wieder ein anderer Punkt auf. Die Gemeinsamkeiten zwischen Stadt und Kreis hören immer da auf, wo die eigenen Interessen gewahrt werden müssen oder sollen. Wie viel gemeinsamer Wille zwischen Landrat und Oberbürgermeister ist eigentlich vorhanden? Gemeinsam künftig eine gemeinsame Sprache zu finden ist wohl nicht möglich, so muss man es auch sehen bei den CDU Anträgen wie heute bei der Zusammenlegung der Volkshochschulen.

Das wirft ein schlechtes Licht auf die weitere kommunale Zusammenarbeit z.B. für die Region Starkenburg auf, umso mehr muss hier dringend eine neue Form der offenen Strukturen für eine regionale Zusammenarbeit nicht nur zwischen der Wissenschaftsstadt Darmstadt und dem Landkreis in der Metropolregion gefunden werden. Ich meine, die Zeit der endlosen nichts bringenden Debatten wie ein Gebilde künstlich am Leben zu erhalten ist, sollte vorbei sein, zumal wohl außer den politisch Handeln niemand mehr die Diskussion nachvollziehen kann.

Zum Schluß:

Ich bitte um Zustimmung für den Antrag der CDU vom 9.2., nämlich eine Informationsveranstaltung mit der Deutschen Bahn AG, der Stadt Darmstadt, dem Landkreis und Kreiskommunen über den ICE-Halt in Darmstadt abzuhalten. Es wird die gesamte Region ein Stück voranbringen und vielleicht bringt es auch die eine oder andere Ungereimtheit zur Auflösung.

Ich bitte um Zustimmung Dr. 832, dem Punkt 1 zuzustimmen, bei Punkt 2 werden wir uns enthalten und Punkt 3 werden wir zustimmen, trotz der Bedenken, die das Verfahren betreffen, aber in der Sache stimmen wir zu, weil es unserer Intention entspricht

Wir sollten auch nicht jetzt nur jammern und die Dinge beklagen, die vielleicht nicht gut gelaufen sind, sondern unseren heutigen Beschluss und das vorliegende „Abstimmungspapier zur Neubaustrecke Rhein/Main-Rhein/Neckar gründlich analysieren, die Stellungnahme des Regierungspräsidenten abwarten und im positiven Sinne für die Region gemeinsam mit der Stadt und den Kommunen das Verfahren voran bringen.